



Bericht der AG 7 „Nachhaltiges Regieren und Verwalten / Nachhaltige Politik“

19. Mai 2015

Vorausschauend regieren ist nachhaltig regieren!

Die CDU orientiert ihr Leitbild des vorausschauenden Regierens konsequent an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger. Alle Prozesse, Entscheidungen und Gesetze werden aus dieser Perspektive heraus formuliert. Denn aus dem Subsidiaritätsprinzip heraus vertrauen wir auf die Fähigkeiten der Menschen. Der Staat und seine Institutionen sollen Aufgaben nur übernehmen, wenn sie vom einzelnen Bürger oder der kleineren Einheit nicht übernommen werden können.

Politisches Handeln ist kein Selbstzweck, es muss effizient, verlässlich, klar und lösungsorientiert sein. Deshalb werden Gesetze und politische Meinungsbildungsprozesse regelmäßig auf ihren Nutzen überprüft. Politik versteht sich in all ihren Institutionen als Dienstleisterin für die Bürger.

Vertrauen sichern

Vertrauen ist eine wichtige Ressource. Ein demokratisches Gemeinwesen ist auf Vertrauen der Bürger in ihre politischen Institutionen angewiesen. Die repräsentative Demokratie mit ihren Verfassungsorganen genießt großes Vertrauen. Dieses hohe Gut gilt es zu schützen und zu stärken. Nur so ist der Zusammenhalt der Gesellschaft bei auseinandergehenden Vorstellungen von gutem Leben langfristig gesichert.

Vorausschauendes Regieren ist transparent, verlässlich, klar und lösungsorientiert und trägt so zur Vertrauensstärkung bei.

Ein gutes Beispiel sind hier die Kommunen: Umfragen belegen, dass kommunale Unternehmen der Daseinsvorsorge die höchste Wertschätzung seitens der Bürger erfahren. Bürger erwarten von Kommunen, dass sie als Dienstleister ihre Fragen des alltäglichen

Lebens beantworten können und eine qualitätsvolle Infrastruktur (Kindergärten, Schulen, Straßen etc.) für ihr Leben vorhalten und absichern.

Klartext reden

Staatliches Handeln muss verständlich sein. Eine einfache und klare Sprache macht Regelungen nachvollziehbar. Das verständlich formulierte Ziel eines Gesetzes steigert nachweislich die Akzeptanz und die Bereitschaft zur Umsetzung. Wenn Politik Resonanz erzeugen will, muss sie von einem Ethos des Sprechens geprägt sein, das die Bürger als Gesprächspartner ernst nimmt. Das bedeutet nicht, komplexe Zusammenhänge zu trivialisieren. Wer auf klare und verständliche Sprache achtet, zeigt Respekt vor den Bürgern und überwindet den gefühlten Abstand zwischen „oben“ und „unten“.

Die Freiheit der Bürger achten

Bürger sind mündig und kundig. Staatliches Handeln muss deshalb immer wieder auf seine Grenzen überprüft werden. Eigenverantwortlichkeit und eine vorausschauende Lebensführung sollen durch die Regierung auf allen Ebenen (Kommune, Land, Bund) ermöglicht und nicht eingeschränkt werden. Dazu gehören der Bürokratieabbau und die Gesetzesfolgenabschätzung. Deshalb verpflichtet sich der Staat im Sinne der Beweislastregel, sein Handeln und die Folgen zu überprüfen.

Konkret umgesetzt wird dieser Anspruch z.B. durch Haltbarkeitsdaten in Gesetzen. Auch die „One in One out“-Formel hilft auf dem Weg zu einer transparenten Gesetzesfolgenabschätzung: Danach erfordert die Einführung einer Regelung in einem Ressort die Abschaffung einer bestehenden Regel.

Bürgerbeteiligung weiterentwickeln

Aus dem Leitbild der mündigen und kundigen Bürger ergibt sich, dass diese selbst gefragt werden sollen. Dabei ist Bürgerbeteiligung nicht mit Bürgerentscheidung gleichzusetzen. Die zunehmend gesetzlich vorgesehenen Entscheidungsrechte der Bürgerschaft durch Bürgerentscheide oder Volksentscheide berühren die Funktionsweise der repräsentativen Demokratie und stellen mitunter die Balance zwischen den gewählten Gremien und dem anlassbezogenen Entscheidungsinteresse der betroffenen Bürgerinnen und Bürger in Frage.

Bürgerbeteiligung beginnt mit einer transparenten Information über solche Vorhaben, die die Alltagswelt der Bürgerinnen und Bürger spürbar beeinflussen oder erkennbar mit Beeinträchtigungen verbunden sein können. Sie sollte Entscheidungsspielräume aufzeigen und so rechtzeitig erfolgen, dass die Ergebnisse in die abschließende Vorhabensplanung einfließen können. Bürgerbeteiligung muss aber auch Methoden entwickeln, die Prozess Teilnehmer so auszuwählen und fortzubilden, dass komplexe Zusammenhänge als solches gesehen und verarbeitet werden können und die Vielfalt der Bürgerschaft im Beteiligungsprozess abgebildet wird.

Vor allem im kommunalen Nahbereich werden Beteiligungsmodelle weiter entwickelt, um die Expertise der Bürger zu nutzen und in aktuelle Debatten einfließen zu lassen. Beispiele aus dem Bereich des Lärmschutzes zeigen, wie wertvoll die Beteiligung von Anwohnern bei der Kartierung von Lärm ist. Diese Form der Beteiligung trägt in hohem Maße zum Erfolg der Schutzmaßnahmen bei. Beteiligung beschränkt sich eben nicht auf digitale Foren, wird aber durch diese Medien nachhaltig erleichtert. Deshalb muss die technische Infrastruktur gefördert werden. So können Bürgerinnen und Bürgern rechtzeitig umfangreiche Informationen zu Infrastrukturmaßnahmen zur Verfügung gestellt werden, um diesen die Möglichkeit zur Beteiligung zu eröffnen.

Partizipation braucht Zugänge und Räume, in der analogen wie in der digitalen Welt! Beteiligung ist nicht gleichbedeutend mit Bürgerentscheid. Die frühzeitige Einbeziehung von Bürgern an Großprojekten bietet der Politik die Möglichkeit, Maßnahmen zu erläutern, für Verständnis zu werben und mögliche Ängste abzubauen. Die Einwände der Bürger sind für Politik und Verwaltung eine wertvolle Entscheidungshilfe.

Evidenzbasiertes Regieren erhält die Flexibilität

Staatliches Handeln muss flexibel sein. In einer Zeit, die von dynamischen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen geprägt ist, muss die Politik ebenso schnell und sinnvoll auf diese Veränderungen reagieren können. Eine begleitende Evidenzerhebung hilft, den präzisen Regelungsbedarf (und seine Grenzen) zu bestimmen. Evidenzbasiertes Regieren nutzt wissenschaftliche Expertise und Daten, um den permanenten Wandel der Bedürfnisse präzise zu erfassen und ebenso passgenau reagieren zu können. Als Vorbild

dient das Modell des *Chief Scientific Advisers*, eine Position, die es in Ministerien in Großbritannien gibt sowie unter Kommissionspräsident Manuel Barroso in der Europäischen Kommission eingeführt wurde.

Politik darf sich nicht auf Mutmaßungen oder vertraute Konzepte verlassen. Schon bei der Wahrnehmung und Beschreibung der gesellschaftlichen Wirklichkeit und ihrer Erfordernisse an die Politik müssen Leitbilder regelmäßig überprüft werden.

Überprüfung vertrauter Konzepte

Unsere Gesellschaft hat sich im Laufe der Jahre stark gewandelt. Vertraute Leitbilder und bekannte Muster passen nicht mehr oder stimmen nur noch im Ansatz mit der Lebenswirklichkeit der Menschen überein.

Beispiel:

Der ländliche Raum ist ein deutliches Beispiel dafür: Es gibt nur noch selten den klassischen Landwirt, nur selten noch stimmt das Bild von der Großfamilie auf dem Hof, der seit Generationen vererbt wird.

Vielfach sind ländliche Regionen zersiedelt und das idyllische Bild zerstört durch Photovoltaikanlagen. Bauern verpachten Ackerland an Betreiber von Windkraftanlagen, weil die Erträge deutlich höher sind als durch klassische Nutztierhaltung oder Getreideanbau. Diese neuen Modelle der Bewirtschaftung führen nicht selten zu Streitigkeiten zwischen benachbarten Grundstückseigentümern oder gar Dörfern. Konkurrierende Interessen und unterschiedliche Lebenskonzepte prallen hier ebenso aufeinander wie es Menschen in großen Städten erleben.

In Zusammenhängen denken

Die Überprüfung von Leitbildern ist Voraussetzung für nachhaltige, bedarfsgerechte Konzepte, da die Mehrheit der bekannten Muster nur noch selten mit den tatsächlichen Lebensverhältnissen übereinstimmen. Die Umsetzung dieses Anspruchs erfordert die gezielte Schulung und Weiterbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung. Durch ihre methodische Kompetenz gelingt der Wandel hin zu einem vernetzten Arbeiten zwischen den Abteilungen und - darüber hinaus - zwischen Ressorts. Die vernetzte Arbeitsweise entspricht der Tatsache, dass viele Politikfelder Querschnittsaufgaben

sind, die mehrere Ressorts betreffen. Darüber hinaus lassen sich Ziele einer nachhaltigen Politik nicht allein auf nationaler Ebene erreichen, es braucht die internationale Zusammenarbeit. Um die bestmöglichen Lösungen erarbeiten zu können, muss die Arbeitsweise der Ministerien in hohem Maße verknüpft sein. Nur so lässt sich Effizienz der Maßnahmen zu gewährleisten und unnötiger Bürokratieaufbau vermeiden.

Für die Ministerien bedeutet diese neue Arbeitsweise einen Kulturwandel, der dem von der Bundesregierung formulierten Anspruch nachkommt, künftig in größeren Themensträngen und Zusammenhängen zu denken und zu handeln.

Wirksamkeit sichtbar machen – Gesetze auf Probe

In Modellregionen sollen ausgewählte Gesetze über eine kurze Laufzeit von maximal drei Jahren erprobt werden. Aus der anschließenden Evaluierung gewinnt der Gesetzgeber wichtige Erkenntnisse über die Passgenauigkeit des Gesetzes. Dieser Anspruch reicht über den reinen Erfüllungsaufwand, wie er durch den Normenkontrollrat mit der Anwendung des Standard-Kosten-Modells überprüft wird, hinaus.

Wirksames Regieren lässt sich eben nicht allein über Gebührenmehreinnahmen oder Kostenneutralität definieren. Vielmehr geht es um eine transparente Entscheidungsfindung, die die Bürger mit einbezieht. Das zentrale Kriterium muss der konkrete Nutzen für die Zielgruppe sein, der nicht immer zwingend in Zahlen zu errechnen ist, sondern die Sicherheit wie die Zielgenauigkeit der Regelung hinterfragt.

E-Government weiterentwickeln – Kleine und mittelständische Unternehmen entlasten

Über die Veröffentlichung von erfolgreichen Beispielen aus benachbarten Gemeinden sollen Bürger zur Nutzung eines neuen Angebotes ermuntert werden. In Pilotprojekten soll ein erweitertes Angebot von E-Government auf seine Nutzerfreundlichkeit hin überprüft werden. Kommunale Unternehmen genießen das größte Vertrauen der Bürger. Viele Umfragen belegen diese hohe Wertschätzung. Dieser Vertrauenszuspruch ist wertvoll und ein großer Vorteil für die Durchführung von Reformen. Bürger erwarten von ihren Kommunen, dass sie als Dienstleister ihre Fragen des alltäglichen Lebens beantworten können.

Die bürokratischen Anforderungen der Kommunen sind für Bürgerinnen und Bürger oftmals mit großem zeitlichem Aufwand verbunden, da in vielen Fällen von unterschiedlichen Behörden die gleichen Daten abgefragt werden. Diese Dopplung von Melde- und Informationspflichten belasten Bürger, aber insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen. Kommunen sollten Antragsformulare und Dokumente in öffentlich zugänglichen Foren, sog. „Public Newsrooms“, weitestgehend ins Netz stellen, um Bürger wie Behörden von unnötigem Aufwand zu entlasten.

Verlässlichkeit der Auskünfte, ein vollständiges Informationsangebot ohne jede Verkürzung sowie Vertragstreue der online ausfüllbaren Formulare sind unerlässliche Voraussetzungen für die Durchführung. So können betriebliche Daten mit der entsprechenden Genehmigung seitens der Unternehmen verschiedenen Behörden für unterschiedliche Erhebungen zugänglich gemacht werden.

Behörden sollen ihre Angebote untereinander vernetzen und auf Bürgerfreundlichkeit hin überprüfen. Bürger werden Behörden so nicht als Gegner fürchten, sondern als Unterstützer erleben, die im wahrsten Sinne des Wortes die erste Adresse sind für alltägliche Anfragen.

Das am 1. August 2013 in Kraft getretene E-Government-Gesetz des Bundes bildet den rechtlichen Rahmen zur Entwicklung hin zur „Digitalen Verwaltung“. Jetzt bedarf es der stringenten, koordinierten Umsetzung des Gesetzes und der Transformation der Verwaltung, um den Herausforderungen des digitalen Zeitalters gerecht zu werden. Mit dem Pilotvorhaben „Modellkommune E-Government“ sollen Handlungsempfehlungen für Kommunen und Gemeinden entwickelt werden, um den Einstieg in eine digital vernetzte Verwaltung zu erleichtern.

Innovationsfonds für mehr Ideenwettbewerb

Bürger sollen Behörden nicht als Gegner fürchten, sondern als Unterstützer erleben, die im wahrsten Sinne des Wortes die erste Adresse sind für alltägliche Anfragen. Behörden müssen im Gegenzug verpflichtet werden, Anfragen von Bürgern zeitnah und richtig zu beantworten. Durch den Anreiz der Bewilligung sogenannter Innovationsfonds sollen Behörden deshalb dazu ermuntert werden, selbst innovative nutzerfreundliche Lösungen für

ihre spezifischen Dienstleistungsangebote – wie z.B. *Public Newsrooms* – zu entwickeln. Durch Innovationsfonds sollen Behörden und Ministerien auf allen Ebenen (Kommune, Land und Bund) ermuntert werden, selbst innovative und bürgerfreundliche Lösungen für ihre spezifischen Dienstleistungsangebote zu entwickeln und neue Projekte zu entwickeln.

Dabei konkurrieren die Einrichtungen untereinander um die beste Neuerung. Die Budgets der Innovationsfonds sind als Haushaltstitel fest verankert und somit zweckgebunden. Querschnittsthemen wie Demographie, Infrastruktur, Bildung können so weiterentwickelt werden. (Beispiel Australien)

Nachhaltige Haushaltspolitik

Vorausschauendes Regieren zeigt sich besonders durch einen verantwortungsvollen Umgang mit öffentlichen Mitteln. Die „schwarze Null“ ist Symbol einer soliden Haushaltspolitik, die auf Neuverschuldungen verzichtet und langfristig auf die Abtragung von Schulden ausgerichtet ist. Die Konsolidierung der Haushalte von Bund, Ländern und Kommunen ist unerlässliche Voraussetzung für Investitionen in die Zukunft.

Vor diesem Hintergrund erwarten die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler eine klare Begrenzung von spekulativen Geschäften. Darum brauchen Finanzprodukte ebenso wie Finanzmarktakteure und Märkte Aufsicht und transparente Regeln. Auch hier geht es um das Vertrauen auf die von staatlicher Seite gesetzten Rahmenbedingungen, die dem mündigen Bürger in seiner Rolle als Verbraucher in die Lage versetzen, selbstverantwortlich zu entscheiden.

Nachhaltige Finanzmärkte – zwischen Stabilität und Wachstum

Die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft haben sich als verlässlicher Kompass für den Regulierungsbedarf der unterschiedlichen Bereiche des Finanzmarktes bewährt. Wir haben die Lehren aus der Finanzkrise gezogen und die Märkte deutlich stabiler gemacht. Die Reformen sind aber noch nicht abgeschlossen.

Auf Finanzmärkten ist die Schwankungsanfälligkeit besonders spürbar, vor allem weil diese indirekt die Realwirtschaft betreffen können: im Boom durch Investitionsblasen, in der Krise durch Kreditverknappung. Beide Extreme sind nicht wünschenswert, da sie die

Stabilität des gesamten Marktes gefährden können und nicht unserem Verständnis von Maß und Mitte entsprechen.

Es ist sinnvoll und vernünftig, dass wir den Finanzmärkten einen verbesserten Ordnungsrahmen gegeben haben und hieran weiter arbeiten. Dieser soll sicherstellen, dass die Finanzmärkte ordnungsgemäß funktionieren, Risiken frühzeitig erkannt und Krisen besser abgewendet werden können. Vertrauen ist hier ein Bindeglied für Stabilität.

Es gilt der Erhard'sche Grundsatz: Haftung durch den Gefahrenverursacher. Verbraucher fordern Transparenz als Voraussetzung, Finanzprodukte besser zu verstehen und verantwortliche Entscheidungen treffen zu können. Auch hier muss gelten, dass Regulierungen nicht statisch sein dürfen, um die angestrebten Effekte auch erreichen zu können.